

Grosser, Günter

Article — Digitized Version

Hundert Tage nach dem Gipfel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Grosser, Günter (1978) : Hundert Tage nach dem Gipfel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 11, pp. 530-531

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135246>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hundert Tage nach dem Gipfel

Als auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel im Juli von den beteiligten Regierungschefs ein auf „stetiges und inflationsfreies“ Wachstum gerichtetes Aktionsprogramm vereinbart wurde, übernahmen die Beteiligten teilweise recht konkrete Verpflichtungen – ein Novum für derartige Treffen. Auch wenn es sich dabei durchweg um ohnehin geplante Aktionen handelte, standen allerdings hinter der Realisierung zunächst noch einige Fragezeichen. Mittlerweile gibt es wohl ausreichend Indizien, daß die für Japan, die Bundesrepublik und – in geringerem Umfang – für Frankreich angekündigten Maßnahmen zur Nachfragestimulierung verwirklicht werden und andererseits die Regierungen Großbritanniens, Italiens und der USA verstärkt um Stabilisierungsfortschritte bemüht sind. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob jetzt eher als bisher eine Auflösung des Dilemmas von Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Inflation in den meisten Industrieländern erwartet werden kann und Ereignisse wie die Zuspitzung der währungspolitischen Situation durch den beschleunigten Dollarkursverfall Ende Oktober im Grunde nur Nachwehen einer bald überwundenen Krise sind.

Eine einfache Antwort ist schon deshalb nicht möglich, weil die Lage in den wichtigsten Volkswirtschaften ganz unterschiedliche Züge aufweist. So ist es den USA – nicht zuletzt wegen ihrer relativ geringen Ausfuhrabhängigkeit – nach der weltweiten Rezession 1974/75 zunächst als einzigem der führenden Industrieländer gelungen, einen langanhaltenden Aufschwung in Gang zu bringen und wieder einem – jedenfalls für amerikanische Verhältnisse – befriedigenden Stand von Auslastung und Beschäftigung nahezukommen. Die sich verschärfenden Inflations- und Zahlungsbilanzprobleme haben jedoch die Konjunkturaussichten in den USA zunehmend belastet, so daß jetzt eine binnen- und weltwirtschaftlich glaubwürdige Stabilisierungspolitik unausweichlich geworden ist. Nach so langem Zögern ist dies kaum mehr möglich, ohne dabei kurzfristig eine spürbare Dämpfung von Nachfrage und Produktion auszulösen. Einen völligen Gegensatz zur Entwicklung in den USA bietet Japan: Außerordentliche Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation, hohe Leistungsbilanzüberschüsse und eine überaus kräftige Aufwertung gingen mit einer kaum zu überwindenden Lethargie der privaten Inlandsnachfrage einher. Immer neue staatliche Ankurbelungsprogramme zur Realisierung der Wachstumsziele wurden und werden in Japan nicht zuletzt deshalb ergriffen, um dem im Ausland erhobenen Vorwurf mangelhaften konjunktur- und zahlungsbilanzpolitischen Wohlverhaltens entgegenzutreten.

Wesentlich differenzierter ist die konjunkturelle und wirtschaftspolitische Situation in Westeuropa. Während einerseits die Bundesrepublik, in jedenfalls tendenziell ähnlicher Lage wie Japan, aus binnen- und außenwirtschaftlichen Gründen eine Politik der kräftigen Nachfragestimulierung verfolgt, sind eine ganze Reihe von Ländern – so Großbritannien, Frankreich, Italien und verschiedene skandinavische Volkswirtschaften – immer noch mehr oder weniger weit von einer Lösung ihrer Stabilisierungsprobleme entfernt. Immerhin wurden in Westeuropa seit dem Frühjahr 1977 beachtliche Erfolge bei der Verringerung des Preisanstiegs und dem Abbau von Leistungsbilanzdefiziten erreicht. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß

dem im laufenden Jahr eine gewisse Belebung der konjunkturellen Auftriebskräfte und eine verbreitete Verbesserung des Konjunkturklimas gefolgt ist. Dies bedeutet für die Bundesrepublik, daß die Bemühungen zur Nachfrageanregung nicht mehr so leicht wie zuvor von gedrückten Ausfuhrerwartungen konterkariert werden. Umgekehrt fallen die auf die Partnerländer ausgehenden Nachfrageanstöße dort nun auch auf fruchtbaren Boden.

Die konjunkturellen Erholungstendenzen in Westeuropa sind um so bedeutsamer, als hier die Verschlechterung der Beschäftigungslage gegenüber dem Beginn der siebziger Jahre viel stärker und nachhaltiger war als etwa in den USA und Japan. Allerdings ist bei der sich für 1979 abzeichnenden durchschnittlichen Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von nicht viel mehr als 3% zunächst wohl nur die Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Sicht. Darüber hinaus bleibt die Prognose mit erheblichen Risiken belastet. Teils sind sie extern bedingt, wie vor allem die Unsicherheit über die konjunktur- und währungspolitische Entwicklung in den USA, teils aber auch intern. Hierzu zählt insbesondere wieder einmal die Ungewißheit über die Lohn- und Preisentwicklung in Großbritannien, Italien und Frankreich. Käme es hier etwa allgemein zu einem Wiederaufleben der heftigen Verteilungskämpfe vergangener Jahre, würden die Ansätze für eine Überwindung der Wachstumsschwäche rasch zunichte gemacht werden. Angesichts der engen außenwirtschaftlichen Verflechtung müßte dann in Westeuropa mit spürbaren Bremswirkungen gerechnet werden, die die Zugkraft der gegenwärtigen „Konjunkturlokomotive“ Bundesrepublik leicht überfordern würden.

Bei verteilungspolitischen Fehlentwicklungen ist zumeist kaum abzugrenzen, wie weit es sich um einen autonomen Faktor handelt und wieweit letztlich um ein Resultat wirtschaftspolitischer Fehlsteuerung. So war es sicherlich kein Zufall, daß die starke Beschleunigung des Lohn- und Preisauftriebs in Westeuropa zu Beginn der siebziger Jahre zusammenfiel mit kräftigen monetären Anstößen aufgrund umfangreicher Dollarzuflüsse, die das Zahlungsbilanzregulativ für binnenwirtschaftliche Übersteigerungen beträchtlich schwächten. Mit den gleichzeitig zunehmenden Inflationserwartungen, die dann durch die Ölpreisexplosion noch geschürt wurden, verfiel die Geldillusion, und die Lösung verteilungspolitischer Konflikte eben durch die Inflation wurde vollends zum untauglichen Mittel. Solange dies gilt, kann nur die Wiederannäherung an einen verteilungspolitischen Grundkonsens helfen, Spielraum und Erfolgchancen für eine expansive Wirtschaftspolitik zu vergrößern.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedingungen sind in den einzelnen Industrieländern sicherlich so verschiedenartig, daß ein differenzierter wirtschaftspolitischer Ansatz, wie er auf der letzten Gipfelkonferenz verfolgt wurde, durchaus angebracht erscheint. Soweit aber unterschiedliche Rezepte nur ein unterschiedliches Maß an Bereitschaft widerspiegeln, verteilungspolitischen Illusionen entgegenzutreten, Inflation tatsächlich als Hemmnis – und nicht mehr als Preis – für Wachstum zu betrachten und der Gesellschaft die Alternativen klar zu machen, wird der Prozeß der weltwirtschaftlichen Erholung letztlich verzögert. Offensichtlich spielen soziale und ökonomische Verhaltensweisen, wie sie in der Wirtschaftspolitik und den Entscheidungen der sozialen Gruppen zum Ausdruck kommen, eine größere Rolle für die Erfolgchancen bei der Überwindung der Wachstumsschwäche als die zahlreichen immer wieder diskutierten „objektiven“ Hemmungen.

Hoffnung auf eine nachhaltige Belebung der Weltkonjunktur besteht auch bei umfangreichen Programmen zur Schaffung zusätzlicher Nachfrage in den Industrieländern nur dann, wenn die Chancen für verstärktes Wirtschaftswachstum nicht durch eine Beschleunigung der Inflation in wichtigen Volkswirtschaften zunichte gemacht werden. Die aktuelle Bedeutung dieses Zusammenhangs liegt in Westeuropa auf der Hand. Ebenso offensichtlich ist die Notwendigkeit zur Überwindung der inflationären Kräfte in den USA. Dies gilt nicht allein, weil sonst die sich dort anbahnende Konjunkturabschwächung um so stärker ausfallen würde, sondern vor allem auch, weil sonst kein Ende der Dollarturbulenzen abzusehen wäre. Auch im System flexibler Wechselkurse aber kann eine entscheidende Verbesserung der weltwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen kaum erwartet werden, wenn die dominierende Volkswirtschaft und ihre Währung so sehr von Inflationsproblemen belastet bleiben wie in diesem Jahr.